

Sozialpartnerschaft ist Gift für die kämpfende Arbeiterklasse

Die ungekürzte
Stellungnahme gibts hier:



Stellungnahme der Zentralen Leitung der Kommunistischen Organisation vom 27. April 2024

Im letzten Jahr haben sich die Angriffe der Reichen und Unternehmer auf die Arbeiterinnen und Arbeiter sowohl im Inland als auch durch Kriegspropaganda intensiviert. Doch der Widerstand derjenigen, die den Reichtum in dieser Gesellschaft schaffen, nimmt zu. Heraus zum 1. Mai, heraus zum Kampftag unserer Klasse! Gegen die Angriffe des Kapitals und die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbosse mit den Unternehmen!

Seit der Corona-Pandemie hat sich die Wirtschaftskrise in Deutschland verschärft. In vielen High-Tech-Bereichen wie der Halbleiterindustrie oder der konkurrenzfähigen Produktion von Elektroautos hat Deutschland seinen Spitzenplatz verloren. Die Krisenerscheinungen des privaten Sektors werden durch den Mangel an Investitionen im öffentlichen Bereich noch verschlimmert – besonders betroffen sind der Gesundheitssektor, der öffentliche Wohnungsbau, Sozialleistungen und Bildungseinrichtungen, die schlecht finanziert sind wie nie zuvor.

Um Investitionsdruck zu verringern, fordert das Kapital umfassende Unterstützung vom Staat, um so die krisenhafte Entwicklung zu überwinden. Dabei geht es vor allem um bessere Bedingungen für die Ausbeutung der Arbeitskraft. Diskutiert wird die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeitgesetze oder die Einschränkung des Streikrechts. Es gab auch direkte Angriffe auf die ärmsten Schichten: Das sogenannte "Bürgergeld", das Anfang letzten Jahres als vermeintlich großer Wurf (u.a. mit dem Versprechen von weniger Sanktionen) in der Sozialpolitik eingeführt wurde, soll jetzt mit strengeren Auflagen angelegliches „Schmarotzertum“ verhindern. Die wirklichen Schmarotzer der Gesellschaft – diejenigen, die ohne dafür zu arbeiten Einkommen aus Vermietung, Unternehmensbeteiligungen oder Aktiengewinnen beziehen – heizen diese Debatte an und fordern sogar die Wiedereinführung der Totalsanktionierung.

Die Arbeiterklasse – international verheizt, national verhetzt

Die Not der Arbeiterklasse wird bei all dem ignoriert. International wird sie auch durch den deutschen Imperialismus in imperialistischen Kriegen als Menschenmaterial verheizt. National geraten immer mehr Menschen in

staatlich geförderte Armut. Selbst mit besseren Facharbeitsgehältern ist es in den Ballungszentren schwierig, bezahlbaren Wohnraum zu finden, oder gar eine Wohnung oder ein Haus zu kaufen. Die etablierten Parteien – in Regierungsverantwortung wie in Opposition – haben darauf keine anderen Antworten als Nationalismus, Appelle zum Verzicht und Kriegsrhetorik. Die einzige Partei, die bisher von dieser Situation profitiert, ist die Alternative für Deutschland. Diese Partei vertritt allerdings selbst ein rücksichtsloses Programm der Reichen und Unternehmer (des Kapitals), das die Spaltung zwischen Arm und Reich fördert. Trotzdem gelingt es der AfD, immer mehr Menschen auch aus der Arbeiterklasse anzuziehen und die etablierten Parteien rhetorisch vor sich her zu treiben. Die etablierten bürgerlichen Parteien von BSW oder SPD bis CDU vertreten ebenfalls bürgerliche, nationalistische Programme und haben im „Kampf“ gegen die AfD letzten Endes ähnliche Inhalte, nur schöner verpackt. Alle haben sie bereits bewiesen, dass auch sie bereit sind, die massiven Angriffe des Kapitals auf die Errungenschaften der Arbeiterbewegung umzusetzen, um die Rezession zu überwinden.

Klassenkampf statt Klassenspaltung!

Die Folge dieser Entwicklung ist eine verstärkte Spaltung der Arbeiterklasse nach Herkunft, sozialer Stellung oder Geschlecht. Die erneuten massiven Verschärfungen in der Migrationspolitik sind ein Beispiel dafür. Die Abschottung auf europäischer Ebene wird trotz zunehmender Kriege und internationaler Krisen weiter vorangetrieben. Schon jetzt sterben jedes Jahr hunderte Menschen und zehntausende werden aktiv an der Flucht gehindert. Die Spaltung der Arbeiterklasse – national wie international – schwächt ihre Position im Klassenkampf und er-

schwert die organisierte Gegenwehr gegen Angriffe des Kapitals.

Die Spitzen der deutschen Massengewerkschaften (DGB und DBB) tragen zu dieser Spaltung bei. Auch wenn sie sich gerade am 1. Mai in ihren Reden gegen Nationalismus und Chauvinismus stellen, fördern sie durch ihre Partnerschaft mit dem Kapital denselben Nationalismus und Chauvinismus. Denn wenn sie behaupten, dass Arbeiter und Arbeiterinnen einerseits und Kapital andererseits die gleichen Interessen haben, ist das nichts anderes als die nationalistische Parteinahme für den Standort Deutschland und eine Schwächung unserer Kampfkraft. Dieses sozialpartnerschaftliche Bündnis mit der eigenen herrschenden Klasse macht die Arbeiterbewegung unfähig, ihre eigenen Interessen zu verteidigen. So wird auch die Solidarität mit unseren Klassengeschwistern weltweit, den Arbeiter und Arbeiterinnen aller Nationen, geschwächt.

Das Fehlen eines internationalistischen Standpunkts zeigt sich auch in den internationalen Beziehungen der DGB-Gewerkschaften: Zum israelischen Dachverband der zionistischen Gewerkschaften, der Histadrut, bestehen enge Beziehungen obwohl diese fest an der Seite des israelischen Kapitals steht. Die Beziehungen zu palästinensischen Organisationen werden dagegen vernachlässigt. Das zeigt, dass im DGB vor allem der Standpunkt des israelischen Nationalismus vertreten und Antizionismus mit Antisemitismus gleichgesetzt wird. Als Verteidiger der deutschen Staatsraison geht der DGB sogar so weit, alle, die die Befreiung Palästinas von Apartheid und Kolonialismus unterstützen, zu Antisemitinnen und Antisemiten zu erklären. An der Basis sieht es dagegen ganz anders aus: zahlreiche Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich trotz der medialen Hetze an Solidaritätsaktionen zu Palästina.

Bei der Überwindung der Rezession haben die DGB-Spitzen eher die Kapitalinteressen des Standorts Deutschland im Blick als die der Belegschaften. In den Tarifrunden 2023 haben sich die Gewerkschaften statt auf größere tabellenwirksame Lohnerhöhungen auf lange Laufzeiten und Einmalzahlungen eingelassen. Dies ist der Versuch des Kapitals, in Zeiten der Konjunkturschwäche die Kaufkraft der Arbeiterklasse kurzfristig aufrechtzuerhalten und gleichzeitig langfristig die Umverteilung und Reallohnsenkung beizubehalten. Der Abschluss der IG Metall mit der Kapitalseite schuf statt der geforderten 4-Tage-Woche, also einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, nun die Möglichkeit der Kapitalseite die Arbeitszeit sogar anzuheben. Hier zeigt sich, wie ein Tarifkampf nach hinten losgehen kann, wenn er nicht von

der breiten gewerkschaftlichen Basis diskutiert und beschlossen wurde. Die vom damaligen IG Metall Vorsitzenden veröffentlichte Forderung sorgte für großen Unmut in der Basis: In Zeiten der Inflation war den Mitgliedern eine deutliche Lohnerhöhung wichtiger als eine Arbeitszeitverkürzung – und dementsprechend war die Bereitschaft für die 4-Tage-Woche zu streiken gering.

An den vergleichsweise weitgehenden Forderungen, mit denen beispielsweise GDL und EVG in die Verhandlungen einstiegen, ist aber auch zu erkennen, dass die Gewerkschaftsführer den Druck der Kolleginnen und Kollegen zu spüren bekommen. Mut machen die Erfolge, die die IG Metall bei der Organisation der Beschäftigten trotz großer Gegenwehr des Managements bei Tesla hat. Auch der mittlerweile längste Streik der deutschen Geschichte bei den Schrottre cyclern von SRW im sächsischen Espenhain zeigt, dass die Gewerkschaftsspitze merkt, dass ihre Arbeit massiv vom Kapital angegriffen wird und deswegen auch mit härteren Mitteln verteidigt werden muss. Aber auch wenn die Tarifrunden im vergangenen Jahr entsprechend etwas kämpferischer waren, sind sie noch kein Ausdruck einer klassenbewussten Gewerkschaftspolitik der klassenkämpferischen Teile der Gewerkschaften, sondern eher ein Versuch der Gewerkschaftsführungen, die Wogen an der Basis zu glätten.

Die klassenkämpferischen Kolleginnen und Kollegen sind weiterhin organisatorisch und ideologisch zersplittert und die Kommunistinnen und Kommunisten in ihren Reihen sind schwach. Es fehlt an Orientierung in den Klassenkämpfen, wie die einzelnen Kämpfe der Arbeiterklasse in eine langfristige Organisation zur Vorbereitung des Sturzes der Herrschenden zusammengeführt werden kann. Es reicht nicht, lediglich die Revolution zu propagieren. Stattdessen muss in jedem Kampf – sei er auch noch so klein – aufgezeigt werden, wie er im Interesse der Kolleginnen und Kollegen geführt werden kann, ohne in eine reformistische Falle zu tappen.

Tarifkämpfe dürfen nicht mit dem Ziel eines mehr oder weniger schlechten Kompromisses geführt werden. Stattdessen muss das Ziel sein, dass die Beschäftigten sehen, dass dieser Kapitalismus, diese Chefs, diese Regierung nichts zu bieten haben außer Armut, Lohnverlust und Krieg. Aus diesem Grund streiten wir für den Aufbau einer klassenkämpferischen Linie in den Gewerkschaften und den Betrieben. Deutschland rüstet für den Krieg und der Kampf gegen diese Kriegspläne hat nur eine Chance, wenn die Gewerkschaftsbewegung tragende Kraft der Anti-Kriegsbewegung ist.